

# Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.  
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mh. 1.50  
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =  
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl  
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.  
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der  
Stadt Eltville und Umgebung.

No 144

Dienstag, den 3. Dezember 1918

69. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Betr. Wehrpflichtige.

Nach Feststellung der deutschen Waffenstillstands-kommission können sich alle ordnungsmäßig demobilisierten und entlassenen Wehrpflichtigen in dem vom Feinde besetzten Gebiete ohne Gefahr der Internierung aufhalten, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten.

Wehrpflichtige Zivilbeamten verbleiben ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Wohnsitznahme in dem besetzten Gebiete im Dienst.

Rüdesheim a. Rh., den 3. Dezember 1918.

Der Landrat.

### Verordnung über die Verhütung von Seuchen.

Vom 20. November 1918.

Auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Demobilisationsamts vom 12. November 1918 wird zur Verhütung von Seuchen verordnet:

§ 1  
Sämtliche Angehörige des Heeres und der Marine haben sich vor ihrer Entlassung einer ärztlichen Untersuchung auf das Vorhandensein von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten zu unterziehen. Den zu diesem Zweck ergehenden Anordnungen ist Folge zu leisten.

§ 2  
Wer bei der Untersuchung als befallend mit Ungeziefer befunden wird, ist so bald als möglich zu entlausen.

§ 3  
Wer sich bei der ärztlichen Untersuchung als befallend mit einer übertragbaren Krankheit insbesondere einer Geschlechtskrankheit, erweist, wird in Lazarettbehandlung genommen, bis die Infektionsgefahr erloschen ist.

Besteht bei dem Erkrankten Gefahr für die Einhaltung der notwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegen die Verbreitung der Krankheit, so kann von einer Lazarettüberweisung abgesehen werden und die Entlassung erfolgen.

§ 4  
Wer vor seiner Entlassung einer Untersuchung der im § 1 bezeichneten Art nicht unterzogen worden ist, hat sich unverzüglich bei der nächsten erreichbaren militärischen Behörde oder bei der Ortsbehörde seines Aufenthaltsorts beurlauben zur ärztlichen Untersuchung zu melden.

Die Militär- oder Ortsbehörden haben die notwendigen Anordnungen für die Verhütung der ärztlichen Untersuchung und der im Anschluss hieran gemäß § 2 und § 3 erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 5  
Die Behandlung und Verpflegung der in Lazaretten untergebrachten ist unentgeltlich. Im übrigen erhalten sie dieselben Bezüge wie erkrankte Heeresangehörige. Auch die Familienunterstützungen werden weitergezahlt.

§ 6  
Entlassene Angehörige des Heeres und der Marine, die keine Veranlassung darüber beibringen können, dass sie von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten frei sind, dürfen von den Gemeinden nicht in Bürgerquartiere gelegt werden.

§ 7  
Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.  
Berlin, den 20. November 1918.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation.  
Roeth.

### Bekanntmachung.

Heeresgut darf nur mit Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos oder der Intendantur des 18. Armee-Korps veräußert werden. Privatpersonen, welche entgegen diesen Bestimmungen Heeresgut kaufen, erwerben dadurch kein Besitzrecht an den betreffenden Gegenständen.

Es wird vielmehr gegen solche Privatpersonen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen werden.

Mainz, den 23. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat:  
gez. Birtz.

H. S. des Gouvernements: Für den Chef des Stabes:  
Sommer, Major.

### Auszug aus den Bekanntmachungen der Reichs- bekleidungsstelle.

Entlassungsanträge nur durch die Militärbehörden.

Die Versorgung der aus dem Heere ausscheidenden Unteroffiziere und Mannschaften mit Entlassungsanträgen erfolgt durch die Ersatztruppenteile, die die Entlassung vornehmen, und nicht mehr durch die Reichsbekleidungsstelle und die bisher von ihr beauftragten Kommunalbehörden.

### Abbau der Bezugsscheinordnung.

Vom Bezugsscheinzwang sind weiter befreit: Scheuertücher, Manschetten, Taschentücher, Korsetts, imitierte Pelzgarnituren, Schlafhosen für Männer, ungefüllte Bettüberdecken und Steppdecken, leinene undichte Gewebe, leinene Stickerel und Spitzenstoffe, und alle Fälle sowie Gegenstände daraus, Spielwaren, abgepaßt gewordene und abgepaßt bedruckte Tischzeuge, Krügen, Vorsticker, Handschuhe, Gürtel jeder Art, Gamaschen, Herrenweste, Wachsstock und alle daraus gefertigten Gegenstände, Stoffstücke bis zur Länge von 1/2 m.

Das Bezugsscheinverbot ist aufgehoben für Bett- und Badewäsche, Handtücher, Küchenhandtücher, Geschirrtücher für Haushaltungen und einzelne Personen (nicht für Gasthöfe, Pensionate usw.) und für den Bürobedarf der Behörden und Betriebe für Matrasen und Matrazendrell.

Bis zum 8. Januar 1919 können für jede weibliche Person zwei Bezugsscheine für Frauen- und Mädchenoberbekleidung auf Antrag erteilt werden. Der eine kann auf ein Kleid oder Teilstück beliebiger Art, der zweite auf einen Mantel, Einzelhose oder Umhang erteilt werden. Während derselben Zeit kann auf Antrag auch für jede männliche Person ein Bezugsschein auf einen Männer- oder Knaben-Wintermantel oder Stoff dazu erteilt werden.

Der Rezeptzwang fällt weg bei Bezug von ungetränkten oder getränkten Maltbieren, soweit nur eine Binde benötigt wird, bei Kupfer- oder Kompreßmalt, soweit nur ein Meter benötigt wird und bei Verbandswatte, soweit nur 100 Gr. benötigt werden. Außerdem werden zu Entbindungswecken baumwollene Verbandstoffe und Verbandwatte in der benötigten Menge auch schon gegen Bescheinigung der Hebamme abgegeben.

Aufhebung von Verordnungen.

Die nachstehend aufgeführten Bestimmungen der Reichsbekleidungsstelle sind aufgehoben:

a) Ziffer 1 der Bekanntmachung über Veräußerung eines ganzen Warenlagers vom 6. Dezember 1918.

b) Bekanntmachung über Warenlagerverkäufe vom 6. Oktober 1917.

c) Bekanntmachung über Bezugsscheinverbot für Bettwäsche und Matrazendrell sowie Herstellungsverbot für Polsterwaren vom 15. Juni 1918.

d) Bekanntmachung über die Beschlagnahme von Tischwäsche in Gewerbebetrieben und den Verkauf von Leinwandgeweben vom 20. April 1918.

Die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über Beschlagnahme, Bestandsaufnahme und Enteignung von Sonnenvorhängen und ähnlichen Gegenständen vom 25. Juli 1918 wird dahin eingeschränkt, daß:

1. Krankenanstalten, Heilanstalten, Genesungs- und Erholungsheime, Kindererziehungsanstalten, Erziehungsheime und ähnlichen Zwecken dienende Betriebe und Unternehmen,

2. Fabrikunternehmen und andere gewerbliche Betriebe, die nach der Bekanntmachung vom 25. Juli 1918 beschlagnahmten Gegenstände,

zu 1) zu Gunsten ihrer Inassen

zu 2) zu Gunsten ihrer Angestellten und Arbeiter verarbeiten und verwenden dürfen.

Die Stellung eines besonderen Freigabeantrages ist nicht erforderlich.

Rüdesheim a. Rh., den 29. November 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.  
gez. Wagner.

Ministerium für Wissenschaft,  
Kunst u. Volksbildung.  
II. 2. Nr. 1900, II. 3. pp.

1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern zusammengefaßt wurde, soll der Geschichtsunterricht zu betreiben, hat solches in Zukunft unbedingt zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen.

Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden.

2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen.

3. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie der gegenwärtigen Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schuljugend das Ansehen und die Erregungsfähigkeit dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen.

4. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Schuljugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem Lande) zu schüren, da solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr eines Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt.

5. Bis zum Erlaß einer Trennung von Schule und Kirche sind Kinder von Dissidenten und solchen Abergläubigen, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten ohne jeden weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.

Berlin B. 8, den 15. November 1918.

gez.: (Unterschrift)

An die Provinzial-Schulkollegien und Regierungen.

Regierung  
Abteilung für Kirchen- u. Schulwesen.  
Sa. R. 1479.

Sofort.

Wiesbaden, den 19. November 1918.

Rüdesheim a. Rh., den 26. November 1918.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Der Kreisschulinspektor:  
Kohl.

Einspruch erhoben und erklärt, die Erfüllung der Forderung wäre selbst dann unmöglich, wenn man das ganze deutsche Wirtschaftsleben zum Herausziehen der stärksten und besten Lokomotiven in Unordnung brächte. Er hat den Vermittlungsvorschlag gemacht, daß Deutschland alle gegenwärtig in Reparatur befindlichen Lokomotiven nach Fertigstellung abliefern werde. Als Beginn der Auslieferung ist der 1. Februar 1919 in Vorschlag gebracht. Der Vermittlungsvorschlag ist an die Bedingung geknüpft, daß die Franzosen, die in Belgien und Nordfrankreich beschlagnahmten Lokomotiven in Anrechnung bringen und ihre Zahl namhaft machen. — Die Entscheidung wird in Kürze fallen.

(b.) Basel, 2. Dez. Havas meldet aus Paris: Der „Matin“ sagt, daß dank der energischen Haltung Frankreichs die Deutschen die im Waffenstillstandsvertrag geforderten 150 000 Waggon abliefern und die ersten Wagen bereits am Freitag an der Grenze eingetroffen sind.

## Reichsleitung.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben: Jeder, der sich auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen stellt und den Wunsch hat, möglichst schnell wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen, ist durch die Erfahrungen weniger Wochen belehrt worden, daß politische und persönlicher Eigenart, Eifersüchtelei und Großmannstucht und daneben vollendete Unfähigkeit einzelner an einflussreicher Stelle stehender Personen ein Durcheinander geschaffen haben, das das Deutsche Reich wirtschaftlich direkt an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Die letzten Versammlungen der Soldatenräte in Berlin beleuchteten diese Zustände in grellster Weise, und in ihrem Urteil darüber sind die Blätter von rechts und links einig wie selten. Die Mißwirtschaft, die in diesen Wochen zutage getreten ist, begünstigt den Separatismus und ist eine Freude für das feindliche Ausland, das nur auf den Augenblick wartet, wo es einen Vorwand finden kann, sich in unsere inneren Verhältnisse zu mischen. Die militärische Diktatur von oben ist durch die Revolution beseitigt, aber man hat sie durch eine Diktatur von unten ersetzt, nur, daß diese sich noch brüderlicher bemerkbar macht und dabei an positiven Leistungen unerschütterlich ist als jene. Statt den Trümmern des alten Systems zu beseitigen, hat man neue Trümmern auf die alten, nur um einen „Regierungssinn“ zu betätigen, der uns bei Freund und Feind in Mißkredit bringen muß, zumal wenn man sieht, was für bedenkliche Elemente sich zu Macht und Einfluß zu bringen wissen. Der „Vorwärts“ hat nicht unrecht, wenn er meint, nach den letzten Vorgängen begreife man aufrichtig, was für ein niederträchtiger Volksverrat die von anderen gerühmte russische Sowjet-Regierung war. Wenn das System der „Räteregierung“ bei uns, wo doch Arbeiter und Soldaten den russischen an allgemeiner Bildung und politischer Schulung turmhoch überlegen seien, scheitert, so sei das der beste Beweis dafür, daß auch in dem gebildeten und intelligenten Volk dieses Systems undurchführbar sei, weil es eine innere Unmöglichkeit sei. Diese Räte seien in der Hand der jetzigen Gewaltthätiger Ausland nur eine Kulisse ihrer Herrlichkeit und ein Spielball ihrer Macht.

(b.) Köln, 1. Dez. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet aus Straßburg: Die neue französische Verwaltung in Elsaß-Lothringen geht systematisch zu Werke, um das Land wieder französisch zu machen. Der Nationalausschuß des Nationalrates hat bereits die Geschäfte der französischen Verwaltung übernommen. Der Oberkonsul ist aufgelöst worden. Die Tage der alten Universität sind gezählt. Der Präsident des Oberkonsistoriums hat seine Entlassung eingereicht. Der Kreisdirektor von Zabern ist ausgewiesen worden. In Lothringen werden alle Gemeinderäte aufgelöst. Ramentisch im Elsaß werden altdeutsche Mitarbeiter industrieller Werke auf das heftigste bedrängt. Vincennes kommt am 10. Dezember nach Straßburg.

(b.) Genf, 1. Dez. „Home libre“ nimmt Stellung gegen den bayerischen Ministerpräsidenten, der mit unwahren Behauptungen über die angeblichen Erklärungen Clemenceaus die Forderung der Wahrheit vom deutschen Volke fortsetze. Ungeheuer sei Eisners Versicherung, die Entente hätte ihm erlaubt, sie würde auch mit Soldaten- und Arbeiterräten verhandeln. Zu solchen Entwürfen gebe sich die Entente nicht her. Deutschland sehe die Umgestaltung seiner bolschewistischen Arbeiter- und Soldatenräte fort und gräbt sich damit selbst sein Grab. Clemenceau erklärte, mit Soldaten- und Arbeiterräten in Deutschland gebe es keinen Frieden, sondern rücksichtslos Fortsetzung des Krieges.

## Waffenstillstandsbedingungen.

Hochs Ultimatum.

(b.) Berlin, 3. Dez. Die Franzosen bestehen auf Auslieferung aller der stärksten und besten Lokomotiven, wiewohl im Waffenstillstandsvertrag nichts davon erwähnt ist. Generalissimus Hoch hat nun der deutschen Waffenstillstandskommission ein Ultimatum mit 24stündiger Befristung überreicht, in welchem die französische Forderung erneut aufgestellt wird. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Generalmajor Gressard, hat sofort nachdrücklich



## Zur inneren Lage.

### Ebert über die innere Lage.

W. Berlin, 2. Dez. Im großen Saal des Rathauses fand eine von der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisationskommission, von ungefähr 1000 Personen besuchte Kundgebung für die Sozialdemokratie statt, in der Ebert u. a. folgendes ausführte: Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur und keine Knechtschaft über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Die politische Freiheit ist die Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung und des Rechts. Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen, ist Aufgabe der Nationalversammlung. Die junge deutsche Volksrepublik soll auf Recht und Vernunft aufgebaut sein. Keine Macht der Welt ist stark genug, die auf der Einheit deutschen Wirtschaftslebens beruhende politische Einheit der deutschen Stämme dauernd zu entzweien oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Für die Arbeiterschaft wäre nichts verhängnisvoller als ein Rückfall in die mittelalterliche Kleinrenterei mit ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Kränklichkeit. Nicht Separatismus, sondern einheitliche Zusammenfassung aller kassierenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. In grundsätzlich demokratischem Geiste wollen wir die Gebiete des Wirtschaftslebens vergesellschaften, die dazu reif sind. Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, um Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erhöhen. Nur da, wo die sozialdemokratische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volke weniger Arbeitslast auferlegt und neue Möglichkeiten des Verbrauchs eröffnet, ist der Sozialismus am Platze. Die Kriegsgewinne müssen reiflos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und ein Erbrecht der Republik geschaffen werden.

Nachdem noch Herr Braun sich gegen die bolschewistischen Methoden gewandt, wurde eine Resolution angenommen, wonach der Beschluß der Reichsregierung, die Wahl zur Nationalversammlung schon im Februar stattfinden zu lassen, einstimmig begrüßt wird. Die Versammlung erklärte sich bereit, die Regierung in dem Kampf allen Widerständen und Hindernissen zum Trotz mit voller Energie zu unterstützen.

### Die Deutsche Demokratische Partei.

(b.) Berlin, 2. Dez. Die Deutsche Demokratische Partei hielt im Zirkus Busch eine Versammlung ab. Die Berliner Bevölkerung war in Massen erschienen. Handelsminister Fischer hielt einen Rückblick über die Ergebnisse, die zu der großen Umwälzung des 9. November geführt haben. Er forderte auf, ehrlich und mit ganzer Kraft mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau, an der Festigung und Konsolidierung einer wirklich demokratischen und freien Republik. — Prof. A. Weber lehnt es ab, die Deutsche Demokratische Partei die Partei der Bürgerlichen zu nennen. Es gebe keine Klassenunterschiede mehr. Die bisherige Realpolitik, die eine Politik ohne Moral und ohne Recht war, habe einen kläglichen Zusammenbruch erlebt. In dem Dogma der Sozialdemokratie, die durch Klassenkämpfe das Neue herbeiführen zu können glaubt, stehen wir in einem bewußten Gegensatz. Für uns ist die Sozialisierung eine Frage der Gerechtigkeit. Ein Staatsbetrieb braucht als solcher noch nicht besser zu sein, als ein kapitalistischer. Nicht um die Sozialisierung des Betriebes, sondern um die des Betriebes und des Arbeitsprozesses kann es sich handeln. Was bis heute in dieser Richtung geschehen ist, ist die Einführung des parlamentarischen Regimes in der Fabrik. In der äußeren Politik wollen wir den Völkerbund, der auf der geistigen Verbundenheit und der Kulturgemeinschaft aller Nationen beruht. Einen Völkerbund, durch den das Angebotszentrum sich die Weltbeherrschung zu sichern sucht, lehnen wir ab. — Elise Lüders, die bekannte Vorkämpferin der bürgerlichen Frauenbewegung, begrüßte die Revolution, die den Frauen die langersehnten politischen Rechte gebracht habe, und versichert die Mitarbeit aller Frauen an der Errichtung einer wahren deutschen Demokratie. — Unterstaatssekretär v. Gerlach begrüßte den Zusammenschluß aller wahrhaften Demokraten in der neuen Partei und forderte enges Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. In der anschließenden Diskussion kamen Redner der verschiedenen Stände und Berufe zu Wort. Sie alle erklärten sich mit den Prinzipien der neuen demokratischen Partei rückhaltlos einverstanden.

### Die Spartakusgruppe.

(b.) Berlin, 2. Dez. Auch die Spartakusgruppe war am Sonntag nicht untätig. Zum Teil verließen die Versammlungen mit Lärm. Karl Liebknecht fand mit seinen Ausführungen starken Beifall, zum Teil aber auch lebhaften Widerspruch. Er wandte sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung. Was werde denn eine solche Nationalversammlung anders sein als die Fortsetzung der Reichsversammlung? Auf die Soldaten sei gar kein Verlaß. Die meisten von ihnen machten die Revolution eben mit und warteten bessere Zeiten ab. — Rosa Luxemburg stellte fest, daß sogar die Unabhängigen nichts mehr mit der Spartakusgruppe gemein hätten und forderte dazu auf, die Waffen zu ergreifen gegen die jetzige Regierung. Die Ziele der Spartakusgruppe seien Vernichtung des Kapitalismus, Gleichheitsverteilung sämtlicher Kriegsanleihe, Sozialisierung der Gesellschaft, Konfiskation sämtlicher Lebensmittel zum Zwecke der Verteilung, Heranziehung der alten Regierung zur Rechenschaft über die bisher verfolgte Politik. Als Diskussionsredner und Rennerinnen sich gegen Rosa Luxemburg wandten wurden sie niedergeschrien.

### Hindenburg und die A.-S.-Märte.

(\*) Dem stellvertretenden Generalkommando des 8. Armee-Korps ist die nachstehende Drahtung aus Wilhelmshöhe von der Obersten Heeresleitung zugegangen: Nachdem die Delegierten der Bundesstaaten den Beschluß gefaßt haben, daß bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens zu betrachten seien, weise ich darauf hin, daß Konflikte mit diesen Repräsentanten zu vermeiden sind. Festnahme von Persönlichkeiten, die dem Arbeiter- und Soldatenrat angehören durch die Kommandoshöfen und Truppen ist strengstens verboten. Da eine scharfe Abgrenzung der Befugnisse nicht möglich ist, muß erwartet werden, daß von den Truppen des Heeres unter Berücksichtigung der Gesamtlage nichts unternommen wird, was Erregung unter der Bevölkerung herbeiführen könnte. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich des Vorgehens gegen rote Fabrikanten und Arbeiter; an diesen soll, wenn sie in würdiger

Form gezeigt oder der Truppe etwa in Gestalt von Blumen und dergleichen zur Begrüßung dargebracht werden, ebenso wenig Anstoß genommen werden, wie von den Arbeiter- und Soldatenräten und von der Bevölkerung das gleiche hinsichtlich anderer Abzeichen und Flaggen erwartet werden muß. (gez.) v. Hindenburg.

### Tagung der Soldatenräte des Feldheeres.

(b.) Bad Ems, 2. Dez. In dem Kurtheater des Bades Ems kam gestern der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres zusammen. Die 220 Divisionen der Westfront hatten je einen Vertreter entsandt. Im ganzen waren 290 Vertreter anwesend. Eine Resolution gelangte hier zur beinahe einstimmigen Annahme. Sie lautet: Wir, die in Bad Ems versammelten Delegierten des Feldheeres, grüßen die neue deutsche Freiheit, grüßen die junge deutsche Republik. Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, sowohl gegen gegenrevolutionäre Bestrebungen, von rechts, die auf eine Wiederaufrichtung des alten Regimes hinarbeiten, als gegen Veruche von links, die Gewalt von oben durch die Gewalt einer Minderheit von unten zu ersetzen, denn dann würde nur der Friede verhindert, die Einheit des Reiches gefährdet, die Ordnung im Innern aufgelöst und ein Neubau des Vaterlandes unmöglich gemacht. Beide Veruche führen nur zum Bürgerkrieg. Für den Neubau ist die politische Demokratie, aber auch, um die Folgen des verhängnisvollen Krieges zu heilen, die schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe notwendig. So müssen wir vor allen Dingen die heiligen Pflichten, die das Volk gegen die Opfer des Krieges, die Witwen und Waisen unserer gefallenen Kameraden und die Kriegsbeschädigten, hat, erfüllen. Nur so ist es möglich, die sozialpolitischen Forderungen des werktätigen Volkes, der Hand- und der Ackerarbeiter, zu verwirklichen. Um so mehr beklagt der Vertretertag die Streiks der lebenswichtigen Industrie. Wir, die in jahrelangen schweren Kämpfen unser Leben eingesetzt haben, appellieren an die Einsicht und die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft, den Wiederaufbau Deutschlands nicht durch Arbeitsverweigerungen zu gefährden; denn gerade die unbemittelten Bevölkerungsteile würden am schwersten unter den Folgen zu leiden haben und unsere Existenzmöglichkeit würde aufs ernsteste gefährdet werden. Der Vertretertag ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine gesetzmäßige Regierungsgewalt gegründet werden muß. Er verlangt die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Der Vertretertag hat das Vertrauen zu der Regierung Ebert-Haase, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einsetzen wird.

## Die Nationalversammlung.

(\*) Die Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) lautet, in ihren wesentlichen Teilen: Die Wahl ist geheim, unmittelbar und allgemein. Sie erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Jeder Wähler hat eine Stimme. — Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben. — Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet. — Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist: 1. wer einmündig ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht; 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelte. — Wahlbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind. — Jeder Wahlkreis wird in einem oder mehreren Wahlbezirken geteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Größere Gemeinden können in mehrere Wahlbezirke zerlegt, kleinere mit benachbarten zu einem Wahlbezirk vereinigt werden. — Für jeden Wahlbezirk wird eine Wahlliste angelegt, in die die dort wohnhaften Wahlberechtigten eingetragen werden. Ueber die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Januar 1919 aus dem Felde heimkehren, ergeht eine Wahlverordnung. — Das Wahlrecht kann nur in dem Wahlbezirk ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte in die Wahlliste eingetragen ist. Jeder darf nur in einem Orte wählen. — Die Wahlhandlung und die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich. — Gewählt wird mit verdecktem Stimmzettel. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch selbst an der Wahl teilnehmen. — Die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung finden Sonntag, den 16. Februar 1919 statt.

### Der Wahltag zur Nationalversammlung.

W. Berlin, 1. Dez. Der Rat der Volksbeauftragten nahm eine Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) an. Das Wahlrecht wird den Grundsätzen des Aufrufs vom 15. November 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung der Friedensverträge vorgegriffen wird, in 38 Verhältniswahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6 bis 10 Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen, vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, am 16. Februar 1919 stattfinden. Das Reichswahlgesetz und die dazu gehörige Wahlordnung werden im Reichsgesetzblatt veröffentlicht.

## Der Reichstag.

Freiburg, 2. Dez. Der Reichstagspräsident Fehrenbach erhielt vom Reichstagsbüro folgendes Telegramm: Die Reichsregierung hat verfügt, Sie zu beauftragen, am 1. Dezember 1918 an die Herren Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszahlen zu wollen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten. Zugleich beauftragen wir Sie, die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu wollen. E. Reichstagspräsident Fehrenbach telegraphierte sodann an die Reichsleitung in Berlin u. a., daß die betreffenden Anordnungen gesetzwidrig seien. Die freie

Eisenbahnfahrt sei durch das Gesetz vom 22. Juni d. J. für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauere, gewährleistet, und die Auszahlung der Dezemberdiäten dürfe nicht abhängig gemacht werden von der Auflösung einer Reichstagsauflösung. Der Reichstag sei nicht aufgelöst und er protestiere namens des Reichstages gegen diese Gesetzeswidrigkeiten. Die Regierung sei auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbüro mit Umgehung des Präsidenten Weisungen zugehen zu lassen. Präsident Fehrenbach sagte zum Schluß, daß er dem Büro verboten habe, der jetzigen Verfügung nachzukommen.

## Die Vorgeschichte des Krieges.

### Annäherungen Wilhelms 2.

(b.) Köln, 30. Nov. Der frühere Berichterstatter der „Köln. Ztg.“, Professor Wagner, hatte am Tage vor der Räterevolution eine dreiwöchentliche Unterhaltung mit dem deutschen Kaiser, in der dieser erklärte, die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Kriegsausbruch sei von Bethmann und Jagow allein gemacht worden. „Ich wußte nichts mehr davon. Sie haben mich durchaus gegen meinen Willen nach Norwegen geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da die Gespanntheit der Lage nach der Ermordung Franz Ferdinands auf der Hand lag. Indessen erklärte der Reichskanzler: „Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu bewahren. Wenn Majestät hier bleiben, dann gibt es sicher Krieg, und die Welt wird Eurer Majestät die Schuld daran zuschreiben.“ Daraufhin bin ich abgereist und habe während der ganzen Zeit keine Nachrichten mehr über die Vorgänge erhalten. Nur aus den norwegischen Zeitungen erfuhr ich, was in der Welt geschah, so auch von dem Fortgange der russischen Mobilisierungsvorbereitungen. Als ich von dem Auslaufen der englischen Flotte hörte, bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. Beinahe hätten sie mich abgefangen.“ — Mit Bezug auf Rußlands Haltung erklärte der Kaiser: „Gewollt und erzwungen hat den Krieg die russische Kriegspartei am Hofe. Die Vorbereitungen gingen bis ins Frühjahr 1914 zurück. Die sibirischen Regimenter wurden etappenweise nach dem Westen gezogen. In Wilna erhielten sie plötzlich scharfe Patronen, und es wurde ihnen eröffnet, nun gehe es los. Tatsache ist, daß die russischen Truppen schon vor der Kriegserklärung unsere Grenzen überschritten haben.“

### Die Schuld am Kriege.

(b.) Berlin, 30. Nov. Die deutsche Regierung hat auf dem Wege über die Schweiz eine Note an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens gerichtet. In dieser Note wird vorgeschlagen, eine neutrale Kommission mit der Untersuchung der Frage der Schuldigen am Kriege zu betrauen. Dieser Kommission sollen alle Akte vorgelegt werden.

## Allerlei Nachrichten.

### Eine Rede Lloyd Georges.

W. London, 1. Dez. (Reuter.) In einer Rede, die Lloyd George in New-Castle hielt, sagte er: Der Friede, über den bei der kommenden Konferenz entschieden werden muß, muß ein gerechter, ein unangenehm geruchter Friede sein. Ueber die Schuld und die Urheber des Krieges sagte Lloyd George: Wir meinen, daß die Untersuchung gerecht, aber ohne Konzeptionen sein und zu einer endgültigen Abrechnung führen muß. Was die Untersee-Platzierung angeht, so müssen die Piraten bestraft werden, und wer immer das Land eines anderen zerstört, muß dafür verantwortlich gemacht werden. In dem Teil seiner Rede, in dem Lloyd George über die Entschädigungen sprach, sagte er noch: Alle Alliierten erwägen diese Frage. Wir ernennen eine große Kommission, in der jede Meinungsverschiedenheit vertreten ist, um Deutschlands Leistungsfähigkeit zu untersuchen. In der Gerechtigkeit der Forderung ist kein Zweifel. Die Frage der Verantwortung für den Einfall in Belgien wurde einigen der größten Juristen dieses Landes übertragen. Sie kamen schließlich zu der Ueberzeugung, daß sich der Kaiser eines Kriminalverbrechens schuldig gemacht hat, für das er zur Verantwortung gezogen werden sollte.

### Oesterreichs Verluste.

(\*) Nunmehr liegen auch Nachrichten über die Verluste Oesterreichs vor. Sie betragen an Toten und Verwundeten 4 Millionen Mann, an Gefangenen werden genannt 800 000 Mann und etwa 17 000 Offiziere. Die Gefangenenzahlen scheinen indessen nicht genau zu sein. Der italienische Kriegsminister erklärte, daß sich mehr als 700 000 österreichische Kriegsgefangene allein in Italien befinden.

### Die Kohlenversorgung.

(b.) Berlin, 1. Dez. Gestern ist in Oberschlesien die Zahl der Streikenden bei den Gruben gesunken, der Wagenverkehr hat sich aber vorläufig noch weiter verringert. In Rheinland-Westfalen sind die Bergbauern ebenfalls niedriger als vorgekern. Im Niederlausitzer Revier ist es zu Verhandlungen gekommen. Das Gesamtbild der deutschen Kohlenversorgung hat sich weiter verschlechtert.

### Leitow-Worbed.

W. London, 2. Dez. (Reuter.) Aus Lorenzo Marques wird vom 25. November amtlich gemeldet, daß General von Leitow-Worbed sich mit 30 Offizieren, 125 anderen Europäern, 1165 Afrikanern, 1516 Trägern, 13 Eingeborenenhelfern, 283 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergab. Die Afrikaner bleiben bis zur Heimbeförderung in Tabora, die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa in Dar-es-Salaam.

### ...

W. Prag, 1. Dez. Das tschecho-slowakische Preßbüro meldet aus Podgorica in Montenegro vom 29. November: Die große montenegrinische Skupstina beschloß einstimmig, König Nikolaus und sein Haus abzusetzen und Montenegro unter König Peter mit Serbien zu vereinigen.

(b.) Haag, 2. Dez. Reuter meldet aus London: Oberstaatsanwalt Smith erklärte in einer Rede in Dorset, daß es die bestimmte Politik der Koalitionsregierung sei, alle Deutschen in England nach Deutschland zurückzuführen.



## Aus den besetzten Gebieten.

### Die Besetzung Aachens.

W. Aachen, 2. Dez. Am Sonntag Nachmittag ist Aachen von zwei Regimenten belgischer Kavallerie besetzt worden, die mit Hörnerklang bis vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es ist sofort die belgische Zeit eingeführt worden, die eine Stunde früher ist als die deutsche und ferner bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen sein müßten. Nach dieser Zeit darf sich niemand auf der Straße sehen lassen. Einem Mitglied des Soldatenrates, das vom belgischen Kommandanten empfangen werden wollte, ließ der Kommandant erklären, daß der Soldatenrat abgesetzt sei, und daß fortan in Aachen nur noch der Oberbürgermeister anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen drei Tage nicht erscheinen. Sie werden dann einer strengen Zensur unterworfen. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente wird verboten und die politische Haltung der Zeitungen überwacht.

### Die besetzten Gebiete.

W. Landau (Pfalz), 2. Dez. Im Laufe des Sonntags vormittag trafen, wie der Rheinpfälzer berichtet, die ersten Besatzungstruppen französischer Nationalität hier ein. Die Truppen hielten mit klingendem Spiel ihren Einzug. Der gesamte Post-, Telegraphen- und Telefonbetrieb wurde von den Franzosen übernommen. Später wurden die bahntechnischen Anlagen besichtigt; nahezu der gesamte Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Von mehreren öffentlichen Gebäuden weht die Tricolore.

### Die Franzosen im besetzten Gebiet.

\* Nach zugehenden direkten Nachrichten aus Saarbrücken, sind die Zustände in der dortigen Gegend nach der französischen Besetzung durchaus geordnet und gesichert. Die französische Besatzung ist in den Kasernen, die Offiziere im Kasino einquartiert. Es herrscht überall Ruhe und Ordnung. Von Internierungen ist keine Rede, im Gegenteil haben die Franzosen die nicht ordnungsmäßig entlassenen Leute auf das rechte Rheinufer geschickt, während sie die mit ordnungsmäßiger Entlassung versehenen nicht behelligen. Auch Handel und Verkehr werden nicht gehindert. Für den Personenverkehr nach auswärts ist ein Paß der französischen Besatzung erforderlich.

### Französische Höchstpreise.

\* Aus den von feindlichen Truppen besetzten Gebieten sind Nachrichten hier eingetroffen, nach denen für eine Reihe Artikel von den Franzosen Höchstpreise festgesetzt worden sein sollen, die wesentlich hinter den seitherigen zurückbleiben. Ein Liter Wein muß der Erzeuger für eine Mark (im Kleinhandel 1 Mk. 60 Pfg.) abgeben. Zigarren müssen das Stück für 10 Pfg., Zigaretten für 3 Pfg., Toilettenseife für 40 Pfg. geliefert werden.

### Zum Verkehr zwischen links- und rechtsrheinischem Gebiet.

\* In einer Sitzung des Weirats, der dem Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung beigegeben ist, wurden von Vertretern der Landwirtschaft und der Industrie Befürchtungen ausgesprochen, daß die bevorstehende Besetzung des linken Rheinufers die unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit in linksrheinischen Gebieten erzeugten Düngemitteln und der Industrie mit Saareisen und chemischen Rohstoffen zur Folge haben könne. Die heftige Besandtschaft in Berlin hat dazu den Staatssekretär Erzberger, Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, gehört, der mitteilte, der Verkehr zwischen linksrheinischem und rechtsrheinischem Gebiet sei durch die Waffenstillstandskommission gewährleistet. Trete eine Behinderung in einzelnen Stellen ein, so würde sofort Protest erhoben werden.

### Der Sicherheitsdienst in der neutralen Zone.

\* Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, gibt folgende Erklärung: Die Kosten der Bewachung der neutralen Zone werden auf die Reichskasse übernommen, soweit es sich um die Bewachung handelt, die an die Stelle der militärischen Formationen getreten ist.

## Stark sein im Schmerz!

W. Neumann (Weissenau).

Zufrieden sein auch dann, wenn man das geistliche Ziel nicht erreichen kann.

Unsere Lose fallen nicht immer, wie wir wünschen; denn unser ganzer Lebensweg ist zu steil und hoch. Erfolge, Fortwärtstreben bringen uns auf Erden nicht immer dem geistlichen Ziele näher und darum dürfen wir in dem Augenblick, wo tiefer Schmerz in unserer Seele brennt, im Innern nicht zusammenbrechen. Wohl hat noch nie unser Volk so geheimnisvolle und trübe Stunden durchleben müssen, als im jetzigen Zeitabschnitt. Vortell, Sieg auf Sieg, Verlust und Enttäuschungen haben in den vergangenen Kriegsmomente miteinander abgewechselt und in der allergrößten Not war unser Deutschland auf seine eigene Volkskraft angewiesen. Was unsere Heldenväter und Söhne im Verteidigungskriege gebildet und gelehrt haben, steht für immer hoch im Ehren. Während über 4 Jahren hat unser gesamtes Volk einer Welt von Feinden gegenüber sich tapfer und ehrenvoll behauptet, galt es doch in der Hauptsache, unsere Heimat vor einem feindlichen Einfall zu schützen und zu sichern. Und daß dieses bisher uns gelungen ist, soll uns zufriedenstellen, in der vollen Überzeugung, daß ein jeder sein Bestes für das Vaterland hergegeben und geopfert hat. Jetzt in den Schlachtfeldern muß sich ein jedes Herz bemühen können, und zufrieden sein mit dem, was es hat.

## Lokale u. Vermischte Nachrichten.

### Betrifft Wehrpflichtige.

\* D. O. 3. Dez. Wir machen unsere Leser besonders auf die Bekanntmachung im amtlichen Teil aufmerksam, betreffend den Aufenthalt Wehrpflichtiger im besetzten Gebiete. Diese Bekanntmachung ist von außerordentlicher Wichtigkeit und erfordert besondere Beachtung.

### Truppen-Heimkehr.

□ D. O. 3. Dez. Der Rückmarsch der 7. Armee nimmt seinen geordneten Fortgang. Von den 500 000 Mann der 5. Armee unter General v. d. Marwitz, die auf den Brücken von Mainz, Weisenheim und St. Goar den Rhein überschreiten, haben schon gewaltige Massen das diesseitige Rheinufer erreicht. Sie haben sich auf den verschiedenen Wegen ins Land ergossen und streben ihren Standorten zu. Ein großer Teil dieses Rückwandrersstromes ergoß sich in den letzten Tagen auch durch den Rheingau. Tausende von Truppen, lange Bände von Bagagenwagen und Lastautos zogen den Landstraße entlang, mit Blumen und Tannengrün geschmückt. Allen Ankommenden wurde ein freudiges Willkommen geboten.

### Bekleidung für heimkehrende Krieger.

\* Eltville, 29. Nov. Dem hiesigen Bürger-, Handwerker- und Arbeiterrat ist es gelungen, vom den Mainzer Militärbesatzungsämtern eine größere Zahl — mehrere Hundert — von Jacken, Hosen, Unterleibern und Wäsche zu bekommen. Sie sollen an heimkehrende Krieger, denen es an solchen Sachen mangelt, verteilt werden. Auch auf die großen Lederwörter, die in Mainz abgestossen wurden, machte der Rat aufmerksam. Leider war, als Herr Schuhmachermeister Kopp im Auftrag des Magistrats einkaufen wollte, der ganze Bestand bereits verkauft.

### Schuhe und andere Kleidungsstücke.

W. Radesheim a. Rh., 2. Dez. Schuhwerk für die landwirtschaftliche Bevölkerung ist erst in kleinen Mengen in den Schuhwarenhandlungen Ferd. Herms in Radesheim und Wilhelm Philipp in Eltville eingetroffen. In den bekannt gegebenen Geschäften sind noch Mädchenkleider für jüngere Mädchen, Kleiderstücke und Blusen für erwachsene Mädchen und Frauen, ferner Strümpfe, Damen-, Mädchen-, Knaben- und Erstklingelhemden (Kommunalware) für jedermann — auch für die wohlhabenden Kreise zu haben. Die Antragsteller können sich zur Ausstellung eines Bezugsscheines auf Kommunalware auch direkt an die Kreisbekleidungsstelle wenden.

### Keine Außerkräftsetzung der Lebensmittelvorschriften.

W. Radesheim a. Rh., 2. Dez. Dem Vernehmen nach ist bei der Bevölkerung, insbesondere auf dem Lande die Ansicht verbreitet, daß mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien. Solch falsche Gerüchte können nicht entschieden genug zurückgewiesen werden. Nur durch die genaue Einhaltung und verschärfte Durchführung aller Vorschriften betreffend Abgabe von Nahrungsmitteln nur gegen Karten, Verfallensverbote usw. kann eine Stockung der Lebensmittelversorgung in den wichtigsten Verbrauchsgebieten vermieden werden. Wenn die von der Entente in Aussicht gestellte Zufuhr von Lebensmitteln eintreffen und zur Verteilung kommen kann, und wie groß diese Mengen bemessen sein werden, steht noch in keiner Weise fest. Nur die volle Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems und die genaueste Beachtung der erlassenen Vorschriften kann das deutsche Volk vor der Hungersnot bewahren. Um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern, hat sich auch die Reichsgetreidestelle mit ihrer gesamten Organisation der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Auch das Landesgetreideamt besteht fort und arbeitet. Nur ein Weiterarbeiten der Brotversorgung in der bisherigen Weise kann einen Zusammenbruch der Volksernährung und einen Ausbruch von Hunger und Anarchie verhindern. Getreideerfassung und Verteilung dürfen als die Grundlage unserer gesamten Brotversorgung nicht gestört werden. Die Reichsleitung hat auch bereits angesichts einzelner Vorkommnisse im Reich unbefugte Eingriffe in die öffentliche Verwaltung der Lebensmittel auf strenge unterlag. Die örtlichen Stellen, insbesondere auch die Arbeiter- und Soldatenräte, sind nicht befugt, über Bestände der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände zu verfügen oder irgend welche Anweisungen der Reichsgetreidestelle, des Landesgetreideamts und der Kommunalverbände über Erlassung und Verbrauch aufzuheben oder zu verändern. Die Anordnungen des Preuss. Getreideamts bleiben somit in vollem Umfange ebenso in Kraft, wie die Reichsgetreideordnung usw. und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Nur Ordnung und Arbeit auf allen Wirtschaftsgebieten, besonders aber auf dem der Volksernährung kann das Chaos verhüten.

### Bekleidungsstücke für entlassene Soldaten.

\* Mainz, 2. Dez. Durch die starke Inanspruchnahme der Bestände des Korps-Bekleidungsamtes können vorläufig Bekleidungsstücke an entlassene Soldaten nicht mehr abgegeben werden. Was noch vorhanden ist, ist für das Feldheer beschlagnahmt worden. Für die Dauer des Durchmarsches wird daher die Ausgabe eingestellt. Das Korps-Bekleidungsamt hat etwa 100 000 Zivilanzüge zuschneiden lassen, die jedoch aus Mangel an Arbeitskräften noch nicht fertiggestellt werden konnten.

### Der Entlassungsantrag.

\* Die nach der Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 15. November d. J. den ordnungsmäßig aussehenden Mannschaften zu verabschiedenden Entlassungsanträge bestehen nur in den vom eigenen Truppenteil erhaltenen Uniformstücken. Neue Militärbesatzungsstücke können von anderen Dienststellen wegen Mangels an Vorrat nicht mehr verabschiedet werden. Bei den Bekleidungsämtern werden jedoch Zivilanzüge angefertigt, die so bald als möglich durch die Reichsbekleidungsstelle den Kommunalverbänden für die zur Entlassung kommenden Mannschaften überwiesen werden. Wegen Erlangung eines solchen Antrags haben sich die Leute demnächst an den Kommunalverband (Kreis- bzw. Stadtverwaltung) ihres Heimatortes zu wenden.

### Die Familienunterstützung für Kriegsteilnehmer.

\* Wie wir erfahren, sollen die Familienunterstützungen für Kriegsteilnehmer allgemein bis zum 31. Dezember 1918 weiter gewährt werden. Darüber hinaus sollen den nach dem 30. November 1918 zur Entlassung kommenden Mannschaften noch zwei Halbmomente an Familienunterstützungen ohne Prüfung der Bedürftigkeit ausbezahlt werden. Der betreffende Entwurf dürfte schon in den nächsten Tagen fertiggestellt werden.

### Wichtig für die Reklamierten!

\* Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Leute, die einen Paßvermerk haben, nach welchem sie zwecks Arbeitsaufnahme entlassen und bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vom Heeresdienst befreit sind, nunmehr als entlassen gelten. Es ist also nicht mehr erforderlich, daß sich diese Leute nochmals beim Bezirkskommando oder bei der Kreisstelle abmelden, um einen Entlassungsschein zu erlangen.

### Dem Kriegsbeschädigtenverein überwiesen.

\* Oberkell, 1. Dez. Mit Beschlag belegte der Arbeiter- und Soldatenrat die bei der Regierung liegende Ludendorffspende von 140 000 Mk. und übergab sie dem Kriegsbeschädigtenverein für das Fürstentum.

### Traurige Heimkehr.

\* Bad Homburg, 29. Nov. Als am Donnerstag ein hiesiger Krieger heimkehrte, fand er die elterliche Wohnung verschlossen. Hausbewohner teilten ihm mit, daß seine Mutter auswärts bei Verwandten weile. Von Abnungen erfüllt, ließ der Soldat die Wohnung öffnen und fand die Mutter im Bett liegend tot vor. Ärztlichen Aufschlusses zufolge war der Tod schon vor 14 Tagen eingetreten.

— Zur Frage der Internierung. Das Volksbüro, das bekanntlich unter der Kontrolle der vorläufigen Regierung steht, hat eine Meldung verfaßt, wonach alle Wehrpflichtigen, die vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz nicht im linksrheinischen Gebiet hatten, das Gebiet bis zum 10. Dezember 1918 zu verlassen hätten, weil sie sich sonst der Gefahr der Internierung aussetzen würden. Diese Nachricht ist nach eingezogener Erkundigung an zuständiger Stelle nicht zutreffend. Es handelt sich hier lediglich um die Frage, ob solche Wehrpflichtige, die vor dem genannten Zeitpunkt auf linksrheinischem Gebiet wohnhaft gewesen sind, jetzt aus andern Landesteilen hierher zurückkehren dürfen. Davon, daß ordnungsmäßig aus dem Heer entlassene Militärpersonen, die sich zurzeit auf dem linken Rheinufer befinden und hier ihre Tätigkeit ausüben, ihren Wohnsitz verlassen müßten, um einer drohenden Internierung zu entgehen, kann nicht die Rede sein, da im Gegenteil das wirtschaftliche Leben durch keinerlei mit der Besetzung durch den Feind zusammenhängende Maßnahmen beeinträchtigt werden soll. Eine amtliche Erklärung hierüber ist noch zu erwarten.

Inventar des Großen Hauptquartiers. Die nach Millionen wertenden Einrichtungsgegenstände des Großen Hauptquartiers, das bekanntlich Mitte November nach Homburg v. d. S. verlegt werden sollte, durch die Staatsumwälzung jedoch der Auflösung verfiel, werden seit einigen Tagen öffentlich durch den Arbeiter- und Soldatenrat an den Meistbietenden versteigert, nachdem viele Sachen, besonders Wäsche, schon unter der Hand verkauft worden waren. Für mehr als eine halbe Million Mark war, wie berichtet, bereits geflohen worden. Diese öffentlichen Versteigerungen haben nun zu erheblichen Unstimmigkeiten geführt und müßten infolgedessen eingestellt werden. Die noch zurückgebliebenen bedeutenden Mengen von Einrichtungsgegenständen (schwerer Art) wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt und dem Oberamtstrat zur Verfügung gestellt. Sie sollen später an die heimgekehrten Frontsoldaten, die einen Hausstand gründen wollen, abgegeben werden.

Versteckte Schätze. In einer in Kreuznach vom Arbeiter- und Soldatenrat veranstalteten Volksversammlung wurde mitgeteilt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat eine Reihe von Beschlagnahmungen von Lebensmitteln vorgenommen hat, die reißlos der Allgemeinheit zugute kommen sollen. In Kreuznach und Münster am Stein bediente er 50 000 Flaschen Wein, 10 000 Flaschen Likör und für 1 Million Mark Lebensmittel auf, darunter 40 Zentner Dauerwürste. Von einer Nacht in den Hunsrück brachte er drei schwere Lastautos mit beschlagnahmten Lebensmitteln zurück. In einem Hause fand man viele Zentner Zucker und Mehl, 600 Eier, vier Schlachtschweine, zahlreiche nicht angemeldete Hühner. Während bisher große Kartoffelknappheit in Kreuznach herrschte, wurden jetzt an einem Tage über 1000 Zentner Kartoffeln nach Kreuznach geschafft, 7000 Zentner stehen noch auf den Feldern bereit.

— Lederversorgung. Um die aus dem Feinde heimkehrenden Schuhmacher und Sattler mit Leder zu versorgen, hat die Kontrollstelle für freigegebenes Leder 400 Sperrlager in allen Teilen des Reiches errichtet und sofort beliefert. Selbständige Schuhmacher und Sattler, die heimkehren und wieder arbeiten wollen, auch solche, die schon arbeiten und heimkehrende Schuhmacher und Sattler einstellen wollen, haben sich an ihre Lederfahndung oder Genossenschaft zu wenden. Boden-, Geschirr- und Blauleder wird in der Hauptsache abgegeben.

Die Eisernen Kreuze. Während des ganzen Krieges sind, dem Konfessionär zufolge, mehr als 1 544 000 Eisene Kreuze an unsere Truppen und solche der verbündeten Armeen verliehen worden. Hiervon entfallen über 1 463 000 Stück auf die 2. Klasse und über 81 000 auf die 1. Klasse. Das Gewicht eines Kreuzes beträgt etwa 18 Gramm, und zwar werden 9 Gramm Kupfer und fast die gleiche Menge Feinsilber zu dessen Herstellung benötigt. Von dem ersten ist eine Gesamtmenge von über 13 900 Kilogramm und von dem letzteren eine solche von 12 850 Kilogramm verarbeitet worden. Für ein Eisernes Kreuz 2. Klasse wird an schwarz-weißem bzw. weiß-schwarzem Bande ein drittel Meter gebraucht; es ist somit für diese 1 463 000 Kreuze eine Bandmenge von über 487 000 Meter verbraucht worden.

## Gerichtszeitung.

— Die Stiefmutter. Das Reichsgericht hat in einer Entscheidung anerkannt, daß der Stiefmutter ein Zuchtungsrecht gegenüber ihren Stiefkindern zusteht. Wörtlich heißt es in dem Erkenntnis: „Der Auflassung, daß die Stiefmutter ihre Stiefkinder überhaupt nicht zuchtigen dürfe, ist nicht zu folgen. Wenn der Vater noch unermöglichter Kinder eine neue Ehe eingeht, überträgt er damit stillschweigend das ihm nach § 1631 B. G. B. zustehende Erziehungs- und Zuchtungsrecht als abgeleitetes Recht auf die Frau, welche diesen Kindern nun Mutter sein soll. Sie darf deshalb, wie der Vater selbst, die bei der Erziehung angemessenen Zuchtmaßnahmen anwenden, und es ist zu deren Anwendung im Einzelfalle die besondere Zustimmung des Vaters kein gesetzliches Erfordernis.“



## Bermischtes.

**Zweierlei Durchhalten.** Ein Hatz des gewesenen Königs von Sachsen wurde vom stellvertretenden Generalkommando angehalten und durchsucht. Es wurden beschlagnahmt: 2 Sack Kaffee, 5 Sack Mehl, 29 Zuckerhüte, 46 Schod Eier, 120 kg. Petroleum und 660 Stück Kerzen. In einer Dresdener Stadtverordnetenversammlung verlangten daraufhin die Sozialdemokraten Auskunft darüber, in welcher Weise und in welchem Umfange der abgeleitete König mit Lebensmitteln beliefert wurde. Haarsäubende Dinge kamen in dieser Versammlung an das Tageslicht. Zum Privatgebrauch des Königs wurden wöchentlich an die Hofküche geliefert: 36 Pfund Butter und 80 Pfund Fleisch; die Prinzessin Mathilde (die Schwester des Königs), erhielt außerdem noch 25 Pfund Fleisch wöchentlich, ferner 7½ Butter u. c. Der Oberbürgermeister erklärte, daß Reichs- und Landesstellen die Sonderlieferungen für den Hof genehmigt hätten, so daß die Stadtverwaltung kaum ein Vorwurf treffe. Weitere Schritte sollen eingeleitet werden.

**Man braucht einander.** Laut „Morodni Listy“ wandte sich die Regierung der bayerischen Republik an die tschecho-slowakische Republik wegen Abschlußes einer Handelskonvention und einer Vereinbarung über den gegenseitigen Warenverkehr. In Bayern würden verschiedene Warenartikel zu Maximalpreisen oder zu von der tschecho-slowakischen Republik bestimmten Preisen abgegeben. Dagegen würde Bayern sich verpflichten, Industrie-Erzeugnisse, die in der tschecho-slowakischen Republik benötigt werden, zu liefern. Die Abrechnung hätte monatlich zu erfolgen und die Ueberschüsse wären in bar zu begleichen. Zum Zwecke der Ein- und Ausfuhr soll an der Grenzstation ein gemischter Austausch eingeführt werden.

## Weinzeitung.

**Aus den deutschen Weinbaugebieten.**

× In der Rheinpfalz zeigte sich immer noch Nachfrage nach 1918er Weinen, weil der Geschäftsgang auch nicht sehr lebhaft war. Bezahlt wurden für das Fuder 1918er in Deidesheim, Ruppertsberg und Umgebung 8500—9000 Mk., in Grünstadt, Kirchheim, Gauensheim, Dirmheim,

Kirchheim a. G. 8000—8700 Mk., in Edenkoben, Landau und weiterhin 2900—3500 Mk., in Königsbach, Dürkheim, Wachenheim, Freinsheim, Malsbachtal und Umgebung 3700—6000 Mk., im Jeller- und Alsenztafel 3200—3500 Mk. — Im Rheingebiet war das Geschäft ruhig. Es wurden auch für 1917er fallende Preise geboten, die zuerst sich auf 9000 und 10000 Mk. und schließlich noch auf 6000 Mk. hielten. Für 1918er wurden Preise von 2400—3000—4000 Mk. geboten und angelegt.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrach.

## Rücktransport der Kriegshunde.

\* Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit Diensthunden belieferten Truppenteile haben Anweisung erhalten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Empfangsbescheinigung zuzuführen. Ueber den Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rücktransport der Mannschaften zu überwinden. Immerhin ist damit zu rechnen, daß in Anbetracht der schnellen Räumung der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten, dieser oder jener Hund nicht oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Besitz der Heeresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw., nicht ergehen zu lassen, da die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde unter den heutigen Verhältnissen selbst nichts Näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht zu machen vermag.

Die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission spricht bei dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellten, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes geleistet.

**Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission.**

Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichtentruppen), Charlottenburg, Suarezstraße 13, 4. Etage.

## Codes- + Anzeige

Heute früh 8½ Uhr entschlief nach längerem schweren gebulbigen Leiden unser lieber guter Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel

**Herr Joseph Ebbecke**

im Alter von 81 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Oberwalluf, Raunthal u. Frankfurt a. M., den 2. Dezember 1918.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr in Oberwalluf, das Seelenamt am Donnerstag morgen um 7 Uhr statt.

## Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoalben, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild, Grosses Lager in Broschen und Anhänger, Aufnahmen dazu gratis.

12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pfg. 12 Fotos Mk. 1.50.

**Reisepostbilder in sofort. Auslieferung.**

Entnahme bei jed. Witterung, bis abends 8 Uhr. Sonntags v. vorn. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet.

Bestr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge auch fürs Feld.

## Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4½% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4½% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

## Reichsbank-Direktorium.

Havenstein.

v. Grimm.

## Piano's

stimmt und repariert  
Wilh. Müller, Mainz  
Kgl. Spanischer und Luxemburger  
Hol-Piano-Fabrik.  
Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

## Fahrochle

zu verkaufen bei  
Joh. Sinf, Destrach.



## 1919

Preis 75 Pfennig  
Vorrätig im Verlag des

„Rheingauer  
Bürgerfreund“  
Oestrich a. Rh.

## Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung in der  
Sektellerei Söhnelein,  
Schieffelin a. Rh.

## Flaschenpapiere,

weiß und bunt, empfiehlt  
Buchdruckerei des  
„Rheingauer Bürgerfreund“,  
Destrach.

Die reichhaltigste, interessanteste und gediegenste  
Zeitschrift für jeden  
Kleintier-Züchter  
ist und bleibt die  
vornehmste  
Tier-Börse

**Tier-Börse**

BERLIN SO. 16

Öpenlecker Strasse 71.

In der Tier-Börse finden Sie alles Wissenswerte über Geflügel, Hunde, Zimmerpflanzen, Kanarienvögel, Ziegen, Schafe, Bienen, Aquarien usw. usw.

**Abonnementspreis:**  
Bei der Post bestellt pro Quartal 1, Selbstabholer nur 1,10 Mk., frei ins Haus nur 1,22 Mk. Erstklassig. Insertionsorgan.

**Insertate** in Originalen, befördert, die Exped. d. Zeitung. Versagen Sie Probehefte, Sie erhalten dieselben gratis u. franko.

Halte jetzt täglich  
v. 2-7 Sprechstunde.

**E. Theiss, Dentist,**  
Elville.

## Drucksachen für Vereine

als: Einladungskarten  
Programme und Fieder  
Festzeitungen, Statuten  
usw. fertigt schnell die  
Buchdruckerei von Adam Etienne  
Destrach a. Rh. Landstr. 10

## Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“.

Spezialität Gratis Neuheit  
Stimmen Schneebilder

erhält jeder bei einer Aufnahme von 6 — Mk. an das beliebte

## Geschenkbild

von heute bis 15. Dezember.

Gut durchheizte Räume.

Geöffnet: Wochentags von 9—1 und 3—7 Uhr.

Sonntags 10—2 Uhr.

Photographie E. Schmidt

Wiesbaden, Michelsberg 1.

Haltestelle der elektr. Linie 2 (rot) und 3 (blau).